

Wahljahr 2009 – Interview mit Frank Spieth, Die Linke

1. Homöopathie ist für Sie: Paramedizin, Alternativmedizin oder Komplementärmedizin?

– Komplementärmedizin

2. Berücksichtigen Sie in Ihrem Parteiprogramm die Komplementärmedizin?

– Nein. Die Komplementärmedizin spielt zurzeit in unserer Partei keine zentrale Rolle. Uns interessieren ganz andere Fragestellungen: Die Entwicklung des Gesundheitssystems hin zu einer Zweiklassen-Medizin, die unsolidarische und unsoziale Finanzierung. Das sind unsere zentralen Themen. Und es geht uns um die Demokratisierung des Gesundheitssystems. Bei diesem Thema könnte dann auch die Komplementärmedizin ihren Platz erhalten.

3. Obwohl Homöopathie in der Bevölkerung eine große Beliebtheit hat, spiegelt sich dies in der Realität des Gesundheitswesens nicht wider: Homöopathie ist keine Regelleistung. Würden Sie die Regelleistung befürworten?

– Leistungen der Homöopathie müssen in der GKV besser berücksichtigt werden, Voraussetzung hierfür ist aber die nachgewiesene Wirksamkeit. Ich finde es allerdings auch wichtig, dass Mediziner überhaupt für Gesprächsleistungen adäquat honoriert werden.

4. Haben die Verträge zur Integrativen Versorgung Homöopathie Zukunft?

– Integrative Versorgung Homöopathie wird von vielen Krankenkassen als reine Wettbewerbsstrategie begriffen. Ich finde es sehr gefährlich, wenn Heilmethoden zu Marketingstrategien verkommen. Wenn die Kassen in Zusatzbeiträge gezwungen werden, wenn Sie gezwungen werden, zwischen Pest und Cholera zu entscheiden, dann sind wir an dem Punkt, an dem die Verträge zur Homöopathie hochgradig in Frage gestellt werden.

5. Patienten erwarten von dem Gesundheitswesen die Verfügbarkeit von Intensiv- und Komplementärmedizin. Wie fördert Ihre Partei den Methodenpluralismus in der Medizin?

– Meine persönliche Meinung ist – wir haben keine abgestimmte Fraktions- oder Parteimeinung – dass Homöopathie einen wichtigen Stellenwert hat. Wir müssen aber sehr viel mehr belegen, welche Leistungen die Homöopathie erbringt.

6. Der Gesetzgeber hat sich entschieden, nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel von der Kostenerstattung in der GKV auszunehmen. Was plant Ihre Partei hinsichtlich der Wiedereinführung der vor 2004 gewährten Erstattung zu tun?

– Wenn die Wirksamkeit nachgewiesen ist, müssen die homöopathischen Arzneien auch erstattet werden. Es muss generell einen nachvollziehbaren Beleg der Wirksamkeit von Präparaten geben. Ich habe was gegen Hokuspokus.

7. In Deutschland wird die klinische Forschung, z.B. im Bereich der Homöopathie, nur mit Mitteln von privaten Stiftungen gefördert. Wird sich Ihre Partei für die öffentliche Förderung der Forschung in diesem Gebiet und entsprechende Forschungsgelder einsetzen?

– Das ist eine Kritik, die ich voll und ganz teile. Das ist ein prinzipielles Problem, das Versorgungsforschung so gut wie unbekannt ist, das gilt generell für das Gesundheitswesen und nicht nur für die Komplementärmedizin. Wir wissen viel zu wenig über Ursachen und Wirkzusammenhänge. Es gibt hier in der Tat erheblichen Forschungsbedarf. Die Politik der Bundesregierung geht auf Leuchtturmprojekte aus, die Deutschland wieder zur Apotheke der Welt machen will, und lässt die Versorgungsforschung außen vor. Ich halte das nicht für akzeptabel.

8. Es gibt seitens der Gesundheitspolitik eine starke Tendenz zu einer leitlinienkonformen Medizin. Unterstützt Ihre Partei das Anliegen, Experten der gesetzlich anerkannten „besonderen Therapierichtungen“ im Gemeinsamen Bundesausschuss oder im IQWiG mitwirken und mitentscheiden zu lassen?

– Das Problem, das ich da sehe, ist: Wenn wir alle Interessensvertreter im G-BA hätten, käme es nie zu einer Entscheidung. Die ärztliche Selbstverwaltung muss es schaffen, dass dort nicht nur die Schulmedizin am Tisch sitzt, zumindest dann, wenn es um die entsprechenden Themen geht.

9. ... und die Patienten? Sollen die im G-BA nur beraten oder mitentscheiden?

– Die Rolle der Patientenvertreter im G-BA muss gestärkt werden. Bevor jedoch Entscheidungskompetenzen geschaffen werden, halte ich es für unverzichtbar, sowohl im G-BA, als auch in den Landesausschüssen, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Derzeit können die Patientenvertreter nicht zuletzt wegen mangelnder personeller und bürotechnischer Ausstattung die Aufgaben, die zur echten Mitentscheidung nötig wären, nicht leisten.

11. Wer wird der nächste Gesundheitsminister?

– Ulla Schmidt.

**Interviews zur
Bundestagswahl
2009**

*Am 27. September wird ein
neuer Bundestag gewählt.
Die Wirkungen der Gesundheitspolitik
spüren Ärzte und
Patienten unmittelbar.
Welche Perspektiven bieten
die im Bundestag vertretenen
Parteien der Komplementärmedizin?
Wir haben nachgefragt,
erster Gesprächspartner
war Frank Spieth, gesundheitspolitischer
Sprecher der
Bundestagsfraktion Die Linke.*